



## „Der Tag, an dem wir zum ersten Mal aus Angst vor Verfolgung und Repressalien nicht mehr am öffentlichen Leben teilnehmen, ist der Tag, an dem die Terroristen gewonnen haben.“

Kai Rohrbacher, Hünenberg (Schweiz)

### Wo bleibt die Empfehlung?

Nr. 24/2015 Terror im Kopf – wie die Angst vor Attentaten unsere Freiheit frisst

Die Latte der Sicherheitserwartungen wird immer höher gelegt, und die Schwelle, Überwachungsmaßnahmen anzuwenden, sinkt. Schon Präsident Roosevelt hat 1933 gesagt: „The only thing we have to fear is fear itself.“

Alan Benson, Berlin

Ein Staat, der sich vom Geist der Freiheit abwendet, würde immer ein Werturteil bedeuten. Eine hundertprozentige Sicherheit könnte dieser Polizeistaat aber auch nicht gewährleisten.

Bernhard Feghelm, Würzburg

So plastisch, wie Sie die Angst vor möglichen Anschlägen schildern, so frappierend ist die fehlende Erwähnung des selbst ernannten christlichen Kreuzritters Anders Breivik. Auf diese Weise wird ein Bild gezeichnet, das der Öffentlichkeit eine Einheit der Begriffe „Islam“ und „Terror“ suggeriert. Die diffuse Angst, die Sie als Hauptziel der Terroristen benennen, wird auf diese Weise auch von einem Teil der Medien und der Gesellschaft geschürt und trägt dazu bei, bestimmte Bevölkerungsgruppen kollektiv auszugrenzen.

Simon Wasner, Karlsruhe

Sie wünschen sich eine Gesellschaft, die sich ohne Druck von außen darüber verständigt, wie sie Freiheit und Sicherheit austarieren will. Das Bildungssystem klammert eine ergebnisoffene Auseinandersetzung weitgehend aus. Sicherheit wird regelmäßig negativ bewertet. Besser wäre es hier, die individuellen und gesellschaftlichen Anliegen zu sehen und auf eine gerechte Sicherheitsordnung abzielen.

Dr. Hans-Joachim Reeb, Wennigsen (Nieders.)

Der Status quo wird treffend beschrieben. Aber wo bleibt die Empfehlung? Wenn das Ringen um die Freiheit auf den Schultern Einzelner lastet, ohne dass der einzelne Mitbürger in die Pflicht genommen wird, befinden Sie sich zwar in guter Gesellschaft. Das Sankt-Florians-Prinzip wird aber der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung nicht gerecht. Nicht auszudenken, es wäre zu einem Anschlag beim privaten Frankfurter Rennen gekommen. Da hätte es sicherlich Stimmen gegeben, die zum Fazit „selbst schuld!“ gelangt wären.

Timo Mauch, München

Terrorismusabwehr, sofern tatsächlich notwendig, ja, aber mit Maß und Ziel und ohne Angsterzeugung und Panikmache.

Helmut Herrmann, Bad Staffelstein (Bayern)

Heute geht die größte Bedrohung der Freiheit von der NSA mit ihrem fanatischen und totalitären Überwachungswahnsinn aus, der alle unter Generalverdacht stellt.

Thomas Foltz, Mainz

Anscheinend muss immer wieder mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, dass nach demokratischem und rechtsstaatlichem Verständnis nicht der Bürger dem Staat zu erklären hat, dass er nichts zu verbergen hat, sondern dass der Staat von der Unschuldsvermutung gegenüber seinen Bürgern auszugehen hat.

Uwe Jakobs, Geestland (Nieders.)

Ein dringend nötiger Titel. Wieder einmal zeigt sich die Lebensferne unserer Politiker: Weil sie selber der Totalüberwachung der Medien ausgeliefert sind, empfinden sie ihre Maßnahmen nicht mehr als Einschränkung der Freiheit. Ich schon!

Peer Volland, Geisenheim (Hessen)

Milliarden werden ausgegeben, um uns vor den Risiken des Terrorismus zu schützen. Leben vor Lampedusa zu retten ist uns keinen Pfifferling wert. Welch eine Moral!

Alexander Koerdt, Stansstad (Schweiz)

### Dominanzverhältnisse

Nr. 23/2015 Der falsche Deal – wie das umstrittene Freihandelsabkommen TTIP gerettet werden kann

Ihr Vorschlag, ein „TTIP light“ anzustreben, wird die Zustimmung vieler Kritiker des Abkommens erhalten. Vorausgesetzt, ein solches enthält dann nicht mehr demokratiegefährdende Instrumente wie private Schiedsgerichte oder die „regulatorische Kooperation“, also die Vorabsprache von Gesetzesinitiativen, bei der die Parlamente außen vor bleiben. Doch mit Ihrer Forderung, „die Unterhändler müssen ihre Fehler korrigieren“, wiegen Sie den Leser in der falschen Sicherheit, dies wäre einfach zu erreichen. Der Ministerrat hat der EU-Kommission ein Verhandlungsmandat erteilt, das den Forderungen nach einem „TTIP light“ diametral widerspricht. Eine so weitreichende Änderung erfordert einen neuen Beschluss des Rats. Und damit er überhaupt diskutiert würde, bedarf es der Initiative der deutschen Regierung.

Thilo Bode, Geschäftsführer Foodwatch, Berlin

TTIP – ein transatlantisches Täuschungsmanöver? In den rechtlichen und gesundheitlichen Fragen ist Vorsicht geboten. Einfacher sieht es bei der Frage der Normen aus. Viele mittelständische Unternehmen erhoffen eine Vereinfachung ihrer Exporte, wenn die industriellen Standards vereinheitlicht werden. Es ist aber eine Illusion zu hoffen, dass die USA ihre überholten Maße und Gewichte zugunsten der rationalen europäischen Normen aufgeben werden, wenn die Vereinheitlichung schon innerhalb der Nato nicht gelungen ist.

Dr. Carl-Roland Rabl, Bielefeld

Ich bin ein Verfechter dieses Abkommens und kann kaum eines der Gegenargumente verstehen. Vor allem die Aufregung um die Schiedsgerichte regt mich auf. Seit zwei Jahrzehnten gibt es diese Gerichte, und zwar nur aus einem einzigen Grund: weil es eben kein offizielles, staatlich kontrolliertes internationales Handelsgericht gibt. Und das ist einzig und allein die Schuld vor allem der europäischen Politiker, die solch ein Gericht nicht installiert haben.

Jan Wichmann, Bonn

„German Angst“ hat einen neuen Namen: TTIP.

Günther Schässburger, Ettlingen (Bad.-Württ.)

Mit keinem Wort gehen Sie auf die Befürchtungen der Arbeitnehmer ein. So bleibt man im Unklaren darüber, ob verheißene Senkungen der Verbraucherpreise nicht letztlich durch erschwerte Lohnanpassungen erkaufte werden.

Dr. Winfried Koop, Bad Camberg (Hessen)

Ich kann das mit dem Chlorhuhn nicht mehr hören. Wenn ich schwimmen gehe, ist das Wasser ebenfalls gechlort. Trotzdem bin ich für mein Alter sehr gesund. Hört auf, die Menschheit zu verdummen!

Werner Ridinger, Mannheim

Der Kulturbereich einschließlich Buchpreisbindung und öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist aus dem Abkommen auszuschließen. Kultur gehört bei uns zur öffentlichen Daseinsvorsorge; in den USA ist es schlichtes Wirtschaftsgut.

Andreas Masopust, Deutsche Orchestervereinigung, Berlin

Wer in einem transatlantischen Bündnis das Sagen hat, belegen die Dominanzverhältnisse bei Nato und Geheimdiensten. Das wird bei TTIP nicht anders sein.

Erich-Günter Kerschke, Köln